

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 3. VIERTELJAHR 1962

Urlaub und Betriebsferien haben diesmal den Wirtschaftsablauf in den Sommermonaten stärker beeinflußt als in früheren Jahren. Auch für den Herbst ist mit einer starken saisonalen Ausprägung des wirtschaftlichen Geschehens zu rechnen; fast immer erreicht die Produktion in diesen Monaten sowohl in den meisten Industriezweigen als auch im Durchschnitt der gesamten Industrie den Jahres-Höchststand.

Es wird diesmal ein erneuter Produktionsrekord werden. Denn die Wirtschaft wächst weiter, wenn auch langsamer, als es die Produktionsmöglichkeiten zulassen. Seit dem Frühjahr dieses Jahres hat sich jedenfalls das Nachlassen der wirtschaftlichen Aktivität, wie es zuvor ein Jahr lang zu beobachten gewesen war, nicht mehr fortgesetzt, und die konjunkturellen Auftriebskräfte überwiegen immer noch. Zu ihnen gehören vor allem der private und der öffentliche Verbrauch sowie die öffentliche und die — im Wohnungsbau — öffentlich geförderte Nachfrage nach Bauleistungen. Auch die Investitionstätigkeit der Unternehmungen ist gegenwärtig noch befriedigend. Sie beruht aber größtenteils auf den Planungen und Bestellungen der Vergangenheit, während zur Zeit insbesondere die Unternehmer-Nachfrage nach Ausrüstungsgütern nicht ausreicht, um neue konjunkturelle Impulse geben zu können. Konjunkturell dämpfend wirkte außerdem der Rückgang der Auslandsaufträge.

Dauern diese konjunkturrehemmenden Tendenzen an, so können sich im nächsten Jahr Gefahren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ergeben, wenn außerdem bei verminderten Zuwachsraten der Löhne und Gehälter die Expansion des privaten Verbrauchs nachläßt. Deshalb ist es konjunkturpolitisch falsch, wenn jetzt auch noch der öffentliche Verbrauch und vor allem die öffentlichen Investitionen sowie die öffentlichen Investitionsförderungsmaßnahmen eingeschränkt werden sollen.

In ihrem Bericht zur Wirtschaftslage um die Jahresmitte 1962 haben sechs führende deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute ausgeführt, daß sie für das 2. Halbjahr 1962 mit einer Zunahme des realen — von Preiserhöhungen bereinigten — Bruttosozialprodukts im Vergleich zum 2. Halbjahr 1961 um 3 bis 4 vH rechnen; im 1. Halbjahr 1962 betrug die Zuwachsrate 3 vH. Dieses Ergebnis dürfte ausschließlich durch eine entsprechende Produktivitätssteigerung erzielt werden, da

- nach den Annahmen der Institute — die zu erwartende Zunahme der Beschäftigten lediglich die gleichzeitige Verminderung der Arbeitszeit ausgleichen wird. Wegen des Preisanstiegs seit dem vergangenen Jahr wird die nominale Zuwachsrate des Sozialprodukts mit 7 bis 8 vH etwa doppelt so hoch sein wie die reale Rate.

Leicht verbesserte Auftragslage

Die Auftragslage der Industrie hat sich auch in den Sommermonaten weiter verbessert. Erstmals seit dem Sommer 1961 haben die Bestellungen in der gesamten Industrie im 2. Vierteljahr 1962 im Vergleich zum gleichen Vorjahrszeitraum wieder zugenommen, und zwar um 3,4 vH. Auch im Juli 1962 betrug die Zuwachsrate 3,5 vH¹⁾. Dabei steht einer Zunahme der Inlandsaufträge um 4,4 vH im 2. Vierteljahr 1962 und um 5,9 vH im Juli 1962 ein Rückgang der Bestellungen aus dem Ausland um 0,8 vH bzw. sogar 6,5 vH im Juli 1962 gegenüber. In allen Fällen ist zu berücksichtigen, daß der Index der Auftragsgänge ein Wertindex ist. Infolgedessen werden Preiserhöhungen bei einem Zeitvergleich nicht ausgeschaltet. Das *Volumen* der Auftragsgänge ist dementsprechend etwas weniger angestiegen bzw. etwas stärker zurückgegangen, als es in den Indexzahlen zum Ausdruck kommt.

Von dem Rückgang der Auslandsnachfrage ist die Investitionsgüterindustrie am stärksten betroffen worden. Gegenüber den entsprechenden Vorjahrszeiträumen nahmen hier die Auftragsgänge aus dem Ausland im 1. Vierteljahr 1962 um 8,1 vH, im 2. Vierteljahr um 0,5 vH und im Juli sogar wieder um 11,4 vH ab. Als einen Grund für diesen Rückgang führt die Bundesbank in ihrem Bericht über die Wirtschaftslage im Sommer 1962 neben den Auswirkungen der DM-Aufwertung eine Abschwächung der Konjunktur in einigen wichtigen Abnehmerländern an, „und zwar vor allem auf Grund eines Nachlassens der Investitionstätigkeit, was den deutschen Export umso stärker trifft, als in ihm Investitionsgüter dominieren“. Besonders abhängig von der internationalen Investitionskonjunktur ist z. B. der Maschinenbau, dessen Erzeugnisse rund 22 vH der Gesamtausfuhr ausmachen. Während der letzten vier Jahre kamen 37 vH der bei ihm eingehenden Aufträge aus dem Ausland. Diese Auslandsaufträge haben vom 1. Halbjahr 1961 bis zum 1. Halbjahr 1962 allein um 10 vH abgenommen. Außerdem führt das Absinken der internationalen Rohstoffpreise — um nahezu ein Fünftel im Verlauf der letzten

1) Dieser Bericht wurde am 15. September 1962 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion in der Industrie erst bis zum Juli 1962 vor.

fünfeinhalb Jahre — bei einigen Rohstoffländern trotz Entwicklungshilfe zu Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz, die diese Länder zwingen, ihre Einfuhren aus den Industrieländern zu drosseln. Hiervon wird auch die deutsche Ausfuhr, die 1961 immerhin zu rund 18 vH in überseeische Rohstoffländer ging, betroffen.

Anders als in der Investitionsgüterindustrie sind die Auftragswerte in der Verbrauchsgüterindustrie am stärksten angestiegen. Jahreszuwachsrate bei den Inlandsaufträgen von 7,6 vH im 2. Vierteljahr 1962 und sogar 16,7 vH im Juli 1962 sind selbst dann als sehr gut anzusehen, wenn die Erhöhung der Erzeugerpreise bei Verbrauchsgütern — um 1,1 vH — in Rechnung gestellt wird. Dieser Zuwachs ist Ausdruck der lebhaften Verbrauchskonjunktur. Die gleichzeitigen Umsätze wurden in der Verbrauchsgüterindustrie um ein Zehntel übertreffen, so daß die Auftragsbestände in diesem Wirtschaftsbereich wieder anwachsen und eine günstige Weiterentwicklung der Produktion gewährleistet ist. Besonders gut war das Auftragsgeschäft in der Bekleidungs-, Möbel-, Kunststoff- und papierverarbeitenden Industrie. Die gesteigerte Konsumkraft machte sich aber auch in höheren Aufträgen an elektromotorischen Wirtschaftsgeräten und im verstärkten Kauf von Personenkraftwagen für die private Nutzung bemerkbar.

In beiden Fällen werden die Erzeugnisse von der Investitionsgüterindustrie hergestellt, obwohl es sich um langlebige Gebrauchsgüter handelt. Infolgedessen ist die Nachfrage nach „reinen“ Investitionsgütern noch etwas niedriger als dies in den Angaben für die Investitionsgüterindustrie zum Ausdruck kommt. In diesem Industriebereich stieg der Wert der Inlandsaufträge vom 2. Vierteljahr 1961 bis zum 2. Vierteljahr 1962 um 2,7 vH an; im Juli 1962 war eine Zunahme um 4,4 vH zu verzeichnen gewesen. Demgegenüber lagen die Bestellungen im Maschinenbau, dem wichtigsten Investitionsgüter erzeugenden Industriezweig, im 2. Vierteljahr 1962 um 9,1 vH und im Juli um 8,5 vH unter den entsprechenden Vorjahrswerten. Dadurch verringerten sich im Laufe von zwölf Monaten die Auftragsbestände des Maschinenbaues um den Wert einer Monatsproduktion. Immer noch ist jedoch der Auftragsbestand im Maschinenbau hoch: Ende Juni 1962 entsprach er 6,9 Monatsproduktionen.

Dennoch hat sich offensichtlich der Auftragsrückgang bereits auf die Produktion des Maschinenbaus ausgewirkt. Sie war im 2. Vierteljahr 1962 nur noch um 1,5 vH höher als ein Jahr zuvor, und im Juli 1962 lag sie sogar um 1,7 vH unter dem Stand des gleichen Vorjahrsmonats. Nicht besser war es mit dem Produktionswachstum in der gesamten Investitionsgüterindustrie bestellt. Es betrug

— verglichen mit den entsprechenden Vorjahrszeiträumen — im 1. Vierteljahr 1,1 vH und in den vier Monaten, April bis Juni 1962, ebenfalls nur 1,3 vH. Erhebliche Zuwachsraten gab es dagegen in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (6,5 vH im 2. Vierteljahr und 6,9 vH im Juli 1962), in der Verbrauchsgüterindustrie (5,2 vH bzw. 3,9 vH) sowie in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (6,4 vH bzw. 4,2 vH). In der gesamten Industrie wurden im 2. Vierteljahr 4,9 vH und im Juli 4,1 vH mehr erzeugt als ein Jahr zuvor. Im Zeitraum Januar/Juli 1962 war die industrielle Produktion um 3,6 vH größer als in den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres.

Hohe Arbeitsproduktivität

Getragen wird die Produktionsentwicklung von einer im ganzen überaus günstigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Wie sehr die Produktivitätssteigerung von einer besseren Ausnutzung der Produktionsanlagen abhängig ist, zeigt folgender Vergleich: Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften betrug der Jahreszuwachs der Arbeitsproduktivität im Mai 1962 in der gut ausgelasteten Verbrauchsgüterindustrie 10,5 vH, während die Investitionsgüterindustrie nur 4,4 vH aufwies. „Auch die erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit trug dazu bei, daß sich das Wachstum der Produktivität nicht weiter abschwächte. Die Arbeitszeitverkürzung zwang die Unternehmer, ihre Arbeitskräfte rationeller einzusetzen, als es ohne diese Maßnahme notwendig gewesen wäre.“ Dies stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Wochenbericht Nr. 34 vom 24. August 1962 fest.

Eine Erweiterung des Angebotes an Gütern und Dienstleistungen ist fast nur noch von weiteren Produktivitätssteigerungen sowie — in geringerem Ausmaß — von einer nochmaligen Ausweitung der Einfuhr zu erwarten, kaum noch dagegen von einer Zunahme der Beschäftigtenzahl. Ende Juni 1962 waren mit 21,2 Millionen Arbeitnehmern zwar 463 000 Personen oder 2,2 vH mehr beschäftigt als Ende Juni 1961, jedoch war die Arbeitszeit im 1. Halbjahr 1962 um fast den gleichen Prozentsatz, nämlich um 2 vH, niedriger als im 1. Halbjahr 1961. Das war allerdings nicht nur auf tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen zurückzuführen, sondern auch darauf, daß die Zahl der Arbeitstage geringer war. Auch für das 2. Halbjahr 1962 wird damit gerechnet, daß einer Zunahme der Beschäftigtenzahl eine entsprechend hohe Verringerung der Arbeitszeit gegenübersteht. Etwa ein Drittel der Zunahme der Beschäftigten ergab sich aus dem Anstieg der auslän-

dischen Beschäftigten um 146 000 auf 650 000 Ende Juni 1962. Rund 300 000 Personen konnten aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung, aus dem Übergang von bisher selbständigen oder mithelfenden Beschäftigten in abhängige sowie durch vermehrte Frauenarbeit gewonnen werden. Demgegenüber hat der weitere Rückgang der Arbeitslosigkeit um 12 000 Personen kaum noch Einfluß auf die Beschäftigung gehabt. Ende August wurden im Bundesgebiet nur noch 83 000 und in Westberlin etwas mehr als 8000 Arbeitslose gezählt. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen war mit 628 000 nahezu siebenmal so groß. Den stärksten Bedarf an Arbeitskräften haben die Eisen- und Metallindustrie und die Bauwirtschaft.

Etwa jeder neunte im Baugewerbe beschäftigte Arbeitnehmer ist Ausländer. Trotz der rund 170 000 ausländischen Arbeitskräfte sind im Baugewerbe noch über 100 000 offene Stellen gemeldet. Vor allem wegen des langanhaltenden Frostwetters im letzten Winter hatte sich bis zur Jahresmitte der Überhang an genehmigten, noch nicht fertiggestellten Bauten auf rund 880 000 Wohnungen und rund 250 Millionen cbm. umbauten Raumes an Nichtwohnbauten erhöht. Gemessen an den Zahlen für 1961, entspricht dieser Überhang einer Bauproduktion von $1\frac{1}{2}$ bis $1\frac{3}{4}$ Jahren. Infolgedessen ist die Bauproduktion, die im 2. Vierteljahr 1962 eine Jahres-Zuwachsrate von 7,6 vH und im Juli 1962 von 6,1 vH aufzuweisen hatte, zur Zeit weitgehend unabhängig von der Baunachfrage. Diese war in den ersten sieben Monaten nicht größer als vor einem Jahr. Dabei waren — immer in cbm umbauten Raum gemessen — die Genehmigungen für Wohnbauten und für gewerbliche Bauten um je 1 vH höher, dagegen die für öffentliche Bauten um über 5 vH niedriger. Auch im Bereich des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues wurden 12 vH Wohnungen weniger gefördert.

An den hohen Bauüberhang sollte denken, wer sich ein Urteil über einschränkende Maßnahmen auf dem Bausektor bilden will, die gegenwärtig diskutiert werden. Sie könnten, soweit jedenfalls der Hochbau von ihnen betroffen wird, frühestens im Laufe des nächsten Jahres wirksam werden, und dann kann eine ganz andere konjunkturelle Konstellation bestehen. Der Tiefbau und insbesondere der Straßenbau verfügt zudem noch über nichtausgelastete Kapazitäten, die nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 17. August 1962) ein Wachstum der realen Produktion von weit über 10 vH zulassen. Da der größte Teil der öffentlichen Nachfrage auf den Tiefbau entfällt, wäre hier jedenfalls eine Verringerung der Haushaltsansätze für 1963 konjunkturpolitisch falsch. Aber auch auf den Märkten für Hochbauleistungen wird nach

Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung trotz des bestehenden Nachfrageüberhangs „eine ungeschwächte Expansion der öffentlichen Investitionsausgaben zu einer weiteren Steigerung der realen Produktionsleistung der Bauwirtschaft führen und damit ihre für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung notwendige Funktion erfüllen. Eine heutige Einschränkung der Nachfrage, die morgen zusätzlich befriedigt werden müßte, dann aber eben nicht auf vorsorglich erhöhte, sondern auf weitgehend unveränderte Kapazitäten trafe, würde nur wenig zur Beruhigung der Preisentwicklung in der Gegenwart beitragen, jedoch später um so größere Preissteigerungen zur Folge haben.“

Wie hoch die für ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum entscheidende Investitionsbereitschaft gegenwärtig ist, darüber gehen die Ansichten der Konjunktur-Sachverständigen auseinander. Einig ist man sich lediglich darin, daß zur Zeit die Höhe der Investitionsaufwendungen noch ausreichend ist. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet für dieses Jahr auf Grund der von ihm vorgenommenen Investitionserhebungen mit einem Anwachsen der Brutto-Anlageninvestitionen in der Industrie von 8 bis 10 vH gegenüber 14 vH im Jahr 1961. Dabei werden rund drei Fünftel der Investitionen von dem Arbeitskräftemangel verursacht. In dem schon erwähnten Gemeinschaftsbericht zur Wirtschaftslage haben die sechs Wirtschaftsforschungsinstitute die voraussichtliche Zuwachsrate der Ausrüstungsinvestitionen in der Gesamtwirtschaft im Jahr 1962 mit 7 bis 9 vH angegeben, die Rate der Bauinvestitionen mit 13 vH. Hieraus würde sich für die gesamten Brutto-Anlageninvestitionen eine (nominale) Zunahme um 10 bis 11 vH ergeben. Dieser Anstieg wäre immer noch höher als der für 1962 zu erwartende Sozialproduktzuwachs.

Reichen aber die Investitionsplanungen aus, um im nächsten Jahr, wenn der private Verbrauch voraussichtlich langsamer wachsen wird als heute, der Konjunktur neuen Auftrieb zu geben? Für eine befriedigende Antwort auf diese Frage mangelt es an statistischem Material. Es fehlt die von den Gewerkschaften und auch im Rahmen dieser Berichte schon seit langem geforderte Investitionsstatistik. Aufschlüsse über die Investitionsbereitschaft vermittelt die amtliche Statistik bis jetzt nur auf dem Umweg über die Auftragsstatistik. Wichtig wäre indessen eine laufende Erfassung der Investitionsplanungen. Laufende Erhebungen über die Investitionstätigkeit und die Investitionsabsichten der Unternehmen werden in der Bundesrepublik bisher nur vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung vorgenommen. Das ist sehr verdienstvoll, sollte aber eine amtliche Erhebung, die umfassender und zwingender sein kann, nicht ersetzen. Dann ließen sich vielleicht auch Wi-

dersprüche leichter klären, wie sie sich z. B. gegenwärtig zwischen den Ergebnissen der Investitionserhebung des Ifo-Instituts und der amtlichen Auftragsstatistik ergeben. Das Ifo-Institut sieht nämlich die Investitionsneigung der Unternehmungen auf Grund seiner Erhebung immer noch als so groß an, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiterhin typische Züge einer Investitionskonjunktur haben wird. Zu diesem günstigen Urteil kann man indessen nicht gelangen, wenn man die rückläufige Auftragsentwicklung in der Investitionsgüterindustrie vor Augen hat.

Jedenfalls besteht keinerlei Anlaß, gerade jetzt Maßnahmen zur Dämpfung der Nachfrageexpansion einzuleiten. Mit Recht stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 24. August 1962) zu diesen offenbar von der Bundesregierung erwoگenen Plänen fest, daß „der Weg über eine erneute Dämpfung der Nachfrageexpansion keine Alternative ist, da er wahrscheinlich keine Lösung des Geldwertproblems bringen, wohl aber zu einer — mithin durch nichts gerechtfertigten — Beeinträchtigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums führen würde“. Vielmehr spricht „alles dafür, daß eine Stabilisierung der Nachfrageentwicklung unter

der gegebenen Konstellation das beste Mittel gegen eine ungünstige Produktionsentwicklung ist“.

Für die öffentliche Hand ergeben sich hieraus Konsequenzen, die im Gegensatz zu der beabsichtigten Sparpolitik der Bundesregierung bei der Aufstellung des Bundeshaushalts für 1963 stehen. Hierzu schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung: „Allein der starken und zunächst eher zunehmenden Expansion der öffentlichen Ausgaben für Verbrauch und Bauinvestitionen wird es zu verdanken sein, wenn sich die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate im 2. Halbjahr etwas vergrößern wird. Wenn sich die öffentliche Hand bald entschliesse, ihre Ausgaben im nächsten Jahr im gleichen Tempo wie bisher zu erhöhen, könnten die Unternehmen damit rechnen, daß ihre — nach wie vor rasch wachsenden — Kapazitäten auch in Zukunft ausreichend ausgelastet werden. Überdies erhielten sie die Gewißheit, daß ihre Selbstfinanzierungsmöglichkeiten, die neben dem erwarteten Grad der Kapazitätsauslastung wohl der wichtigste Bestimmungsgrund für ihre Investitionsneigung sind, sich nicht weiter verschlechtern, sondern eher wieder verbessern werden.“

Günter Pehl